

Antrag Nr. 23-F-63-0018

Grüne, SPD, Linke und Volt

Betreff:

Sachstand Stellenbesetzung in der Stadtverwaltung
-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 25.01.2023-

Antragstext:

Die Vereinte Dienstleistungsgesellschaft (ver.di) und der DBB Deutsche Beamtenbund und Tarifunion schätzen, dass derzeit 360.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst fehlen. Dabei werden sowohl offene Stellen als auch der Personalbedarf aus neuen Aufgaben berücksichtigt. Außerdem wird geschätzt, dass 1,3 Millionen Beschäftigte in den kommenden zehn Jahren in den Ruhestand gehen .

Der Stellenplan gibt eine Übersicht über die benötigten Stellen zur ordnungsgemäßen Ausführung der Aufgaben der städtischen Verwaltung. Unbesetzte Stellen bedeuten, dass Aufgaben eventuell nicht oder nur unzureichend erledigt werden können. Darunter leidet das Bild der öffentlichen Verwaltung. Außerdem belastet das die Beschäftigten, die eventuell die Arbeit der nicht besetzten Stellen erledigen.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- 1) Wie viele der im Stellenplan vorgesehenen Stellen sind über einen Zeitraum von 6-12 Monaten, 12-18 Monaten, 18-24 Monate und mehr als 24 Monaten nach Aufnahme in den Stellenplan noch unbesetzt? (Bitte aufschlüsseln nach Dezernaten und Ämtern, Angabe absolut und in Prozent)
- 2) Wie viele der überplanmäßigen Stellen sind derzeit unbesetzt? (Bitte aufschlüsseln nach Dezernaten und Ämtern, Angabe absolut und in Prozent)
- 3) Wie viele befristete Stellen sind derzeit unbesetzt? (Bitte aufschlüsseln nach Dezernaten und Ämtern, Angabe absolut und in Prozent)
- 4) Gemäß SV 21-V-11-4002 wurde im Jahr 2022 laut Statistik und Altersstrukturanalyse der Abgang von 230 Mitarbeitenden erwartet. Wie viele Mitarbeitende haben 2022 tatsächlich den Dienst bei der Landeshauptstadt Wiesbaden beendet? (Bitte aufschlüsseln nach Erreichen der Regelaltersgrenze und Fluktuation)

Wiesbaden, 25.01.2023